

Antrag 302/I/2026**SPDFrauen + AfA****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Keine Kürzungen zu Lasten des sozialen Friedens**

- 1 Die SPD erkennt an,
 2 • dass die Maßnahmen, die von der Bund-Länder-
 3 Arbeitsgruppe unter Leitung des Bundeskanzleram-
 4 tes unter dem Titel "Effizienter Ressourceneinsatz
 5 bei Leistungsgesetzen" erarbeitet wurden, geeignet
 6 sind, den sozialen Frieden in Deutschland nachhal-
 7 tig zu zerstören, das wird durch Einsparungen im EU
 8 Haushalt verschärft,
 9 • dass dies, wissenschaftlich erwiesen, Rechtspopulis-
 10 mus fördert,
 11 • dass die geplanten Maßnahmen überproportional
 12 Frauen und Kinder treffen,
 13 • dass Kommunen mehr und bessere Unterstützung
 14 seitens des Bundes brauchen.
- 15
 16 Vor diesem Hintergrund setzt sich die SPD auf Bundes-,
 17 Länder- und kommunaler Ebene gegen die Umsetzung al-
 18 ler dieser Maßnahmen ein.
- 19
 20 Um Kommunen besser zu unterstützen, setzt sich die SPD
 21 dafür ein, dass das Konnexitätsprinzip umgesetzt wird
 22 und Kommunen ausreichende finanzielle Mittel zur kom-
 23 munalen Selbstverwaltung erhalten. Um dies zu errei-
 24 chen, **fordern wir**,
- 25
 26 • dass die Einkommenseite des Bundes erhöht wird,
 27 indem (hohe) Vermögen besteuert werden (Einfüh-
 28 rung Vermögensteuer), die Erbschaftsteuer neu in
 29 Kraft gesetzt wird, die Einkommensteuer für sehr
 30 hohe Einkommen erhöht wird (Erhöhung Spitzen-
 31 steuersatz und Ausweitung der Reichensteuer) und
 32 eine Finanztransaktionssteuer eingeführt wird. Dies
 33 wird ergänzt um eine neue Übergewinnsteuer für
 34 alle Branchen.
 35 • dass der Bund den Kommunen verstärkt mittelbar
 36 und unmittelbar finanzielle Mittel zur Verfügung
 37 stellt und auf langfristige statt kurzfristige Unter-
 38 stützung setzt,
 39 • dass der Sozialstaat stabilisiert und abgesichert
 40 wird, indem Unterstützungsleistungen, wie ein sta-
 41 biler Unterhaltsvorschuss, rechtzeitig greifen kön-
 42 nen, um Folgeprobleme und -Kosten, wie die Belas-
 43 tung der Jugendämter, zu vermeiden. Denn wo Lei-
 44 stungen nicht gekürzt, sondern abgesichert werden,
 45 können soziale Risiken früh abgefangen und müs-
 46 sen nicht später teuer "repariert" werden.
- 47

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Keine Kürzungen zu Lasten des sozialen Friedens:****Wir stehen ein für mehr Teilhabe und starke Kommunen!**

Wir stehen an der Seite von Menschen mit Behinderung, Familien, Kindern, Jugendlichen und Alleinerziehenden und werden nicht zulassen, dass ihre Teilhabeperspektiven und Zukunftschancen dem Rotstift zum Opfer fallen.

Die SPD erkennt an, dass die Kostensteigerungen in der Eingliederungs- sowie Kinder- und Jugendhilfe der letzten Jahre eine Belastung für die Haushalte vieler Kommunen darstellen, die ihre Handlungsfähigkeit und damit das erlebbare Funktionieren von Demokratie vor Ort gefährden.

Für uns ist jedoch klar, dass diese Kostensteigerungen nicht durch Leistungskürzungen zulasten von Menschen mit Behinderungen, Kindern und Jugendlichen sowie Alleinerziehenden kompensiert werden dürfen!

Im Schwarz-Roten Koalitionsvertrag wurde eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Federführung des Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) beschlossen, welche strukturelle Lösungsvorschläge zum Umgang mit den Kostensteigerungen erarbeiten soll. Dazu wurde parallel ein Prozess durch das Kanzleramt aufgesetzt, welcher einseitige Kürzungsvorschläge mit umfangreichen Leistungskürzungen erarbeitet hat. Dieses "Vorschlagsbuch", welches durch den Paritätischen Wohlfahrtsverband enthielt wurde, lehnen wir entschieden ab. Die dort eingereichten Vorschläge gefährden den sozialen Frieden und die Maßnahmen betreffen überproportional Frauen und Kinder. Wir fordern, dass der Kanzleramts-Prozess "Effizienter Ressourceneinsatz bei Leistungsgesetzen" sofort eingestellt und die dort erarbeiteten Vorschläge verworfen werden.

Der im Koalitionsvertrag verankerte Dialogprozess zwischen Ländern, kommunalen Spitzenverbänden und BMAS unter Einbeziehung von Behindertenverbänden, bei dem Reformvorschläge erarbeitet werden sollen, muss ambitioniert fortgesetzt werden. Es ist richtig und im Sinne der Betroffenen, Effizienzpotentiale zu heben, unnötige Bürokratie abzubauen und Verwaltungsprozesse zu modernisieren. Kosteneinsparungen haben dann eine Berechtigung, wenn sie durch schlankere, effizientere und bürgerfreundlichere Verfahren erreicht werden.

48 Die SPD bekennt sich zu ihrer solidarischen Ausrichtung
49 und **setzt sich gegen Kürzungen ein**, gerade dort, wo die
50 Gelder am dringendsten gebraucht werden.

51

52 **Begründung**

53 Am 16. April 2026 hat der Paritätische Gesamtverband ei-
54 ne als "Effizienter Ressourceneinsatz bei Leistungsgeset-
55 zen" betitelt, sogenannte Streichliste (datiert auf den 15.
56 März 2026) veröffentlicht. Urheber ist eine Bund-Länder-
57 Arbeitsgruppe unter Leitung des Bundeskanzleramtes.

58

59 Inhalt dieser Streichliste sind radikale Einschnitte bei
60 sozialen Unterstützungsleistungen, deren Umsetzung
61 grundlegend in bestehende Rechte von Menschen mit Be-
62 hinderung, von Kindern und Jugendlichen und ihren Fami-
63 lien eingreifen würde.

64

65 So soll bspw. der Unterhaltsvorschuss (UHV) massiv ge-
66 kürzt werden, obwohl dieses Instrument existenziell für
67 Alleinerziehende, meist Frauen, und ihre Kinder ist. Wo
68 schon über 40% der Einelternfamilien unter der Armut-
69 schwelle leben (vergl. Verband Alleinerziehender Mütter
70 und Väter Berlin, April 2026), führen weitere Kürzungen
71 unmittelbar zu Hunger bei Kindern und zerstören das
72 soziale Fundament von Familien. Eine solche Maßnah-
73 me vergrößert die Kinderarmut vorsätzlich. Über 800.000
74 Kinder wären davon betroffen.

75

76 Im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe (KJH) verstößt
77 bspw. die Streichung der Integrationshilfen und Schul-
78 assistenz gegen die UN-Behindertenrechtskonvention
79 und der Vorschlag der Unterbringung von minderjäh-
80 rigen Flüchtlingen in Erstaufnahmeeinrichtungen/Ge-
81 meinschaftsunterkünften mit reduzierten Standards ge-
82 gen die Kinderrechtskonvention (vergl. Einordnung der
83 Maßnahmen durch den Paritätischen Gesamtverband).
84 Fehlende Unterstützung an dieser Stelle erzeugt langfris-
85 tig größere und kostenintensivere Probleme, wie Krimina-
86 lität und Gewalt. Darüber hinaus fördert die vorgeschla-
87 gene Abschaffung der Betreuung und Unterstützung von
88 jungen Erwachsenen nach Auszug aus einer Einrichtung
89 Obdachlosigkeit aktiv.

90

91 In der Eingliederungshilfe (EGH) sollen bspw. Fahrdien-
92 ste für Menschen mit Behinderungen komplett eingestellt
93 und die Ermittlung der durchschnittlichen Warmmiete
94 von pflegebedürftige und Menschen mit Behinderungen
95 in besonderen Wohnformen "vereinfacht" werden - ohne,
96 dass solche Durchschnittswerte besondere Bedarfe, wie
97 die Anwesenheit einer weiteren (Assistenz-) Person o.ä.
98 berücksichtigen.

99

100 In dem Papier fehlt jegliche Abwägung. Kein einziger Vor-

Vor allem aber brauchen die Kommunen mehr und bes-
sere Unterstützung seitens des Bund und Ländern. Ih-
re Handlungsspielräume zu erhalten und zu erweitern,
muss sozialdemokratisches Kernanliegen sein. Denn in
den Kommunen erleben die Menschen den demokrati-
schen Staat ganz unmittelbar.

Die SPD ist überzeugt, dass der beste Weg zu "Kosten-
einsparungen" in der Eingliederungshilfe die inklusive Ge-
sellschaft ist. Denn wenn jede*r teilhaben kann, müssen
weniger Mittel für die Überwindung von Hürden und Hin-
dernissen aufgewandt werden. Kürzungen von Leistun-
gen zur Teilhabe sind hingegen kontraproduktiv und kom-
men uns als Gesellschaft mittel- und langfristig auch teu-
er zu stehen.

Vor diesem Hintergrund setzt sich die SPD auf Bundes-,
Länder- und kommunaler Ebene für den Erhalt von Lei-
stungen in der Eingliederungshilfe, der Kinder- und Ju-
gendhilfe sowie beim Unterhaltsvorschuss ein. Darüber
hinaus müssen Leistungen unbürokratischer und qualita-
tiv hochwertig erbracht werden. Um Kommunen besser zu
unterstützen, setzt sich die SPD insbesondere dafür ein,
dass das Konnexitätsprinzip umgesetzt wird und Kom-
munen ausreichende finanzielle Mittel zur kommunalen
Selbstverwaltung erhalten. Um dies zu erreichen will die
SPD

- dass die Einkommenseite des Bundes erhöht wird, indem (hohe) Vermögen besteuert werden (Einführung Vermögensteuer), die Erbschaftsteuer reformiert wird, die Einkommensteuer für sehr hohe Einkommen erhöht wird (Erhöhung Spitzensteuersatz und Ausweitung der Reichensteuer) und eine Finanztransaktionssteuer eingeführt wird. Dies wird ergänzt um eine neue Übergewinnsteuer für alle Branchen.
- dass der Bund den Kommunen verstärkt mittelbar und unmittelbar finanzielle Mittel zur Verfügung stellt und auf langfristige statt kurzfristige Unterstützung setzt,
- dass der Sozialstaat stabilisiert und abgesichert wird, indem Unterstützungsleistungen, wie ein stabiler Unterhaltsvorschuss, rechtzeitig greifen können, um Folgeprobleme und -Kosten, wie die Belastung der Jugendämter, zu vermeiden. Denn wo Leistungen nicht gekürzt, sondern abgesichert werden, können soziale Risiken früh abgefangen und müssen nicht später teuer "repariert" werden.

Die SPD bekennt sich zu ihrer solidarischen Ausrichtung und unterstützt keine Kürzungen gerade dort, wo die Gel-

101 schlag fragt, was die vorgeschlagenen Einschnitte für die
102 betroffenen Menschen bedeuten. Kein einziger Vorschlag
103 erwägt, ob die Einsparung den Schaden rechtfertigt. Das
104 Dokument behandelt Sozialleistungen wie Haushaltsposten.
105 Die Menschen, die auf sie angewiesen sind, kommen
106 darin nicht vor.

107
108 Es soll wieder einmal dort Leistung gekürzt werden, wo
109 das Geld ohnehin knapp ist - und das, obwohl wissenschaftlich
110 erweisen ist, dass sog. sozialer Abstieg, oder
111 sogar alleine die Angst davor, Rechtspopulismus fördert
112 (vergl. bspw. Gugushvili et al.: Downward Class Mobility and Far-Right Party Support in Western Europe (2026)).
113 Durch die Kürzungen insb. beim UHV sind darüber hinaus
114 wieder einmal überproportional Frauen von Kürzungsmaßnahmen
115 betroffen. **Im Sinne des sozialen Friedens dürfen die vorgeschlagenen Maßnahmen dieser Streichliste nicht umgesetzt werden.**

116
117
118
119
120 **Das Ziel, Kommunen zu unterstützen, ist richtig und muss daher auf anderem Weg geschehen.** Zum einen muss die
121 Einnahmenseite solidarisch gestaltet sein. Es kann nicht
122 sein, dass bei den Ärmsten gespart wird, wenn die Reichen
123 verschont bleiben. Auf dieser Basis kann der Bund
124 anschließend Kommunen besser und verfassungsgemäß
125 finanziell unterstützen. Es gilt außerdem, den Sozialstaat
126 zu stabilisieren und gezielt auszubauen:

127
128
129 1. Erhöhung der Einnahmenseite

130
131 Um mehr Geld zur Verfügung zu haben, muss der Bund die
132 Einnahmenseite erhöhen. Dies kann geschehen, indem
133 (hohe) Vermögen besteuert werden (Einführung Vermögensteuer),
134 die Einkommensteuer für sehr hohe Einkommen erhöht wird
135 (Erhöhung Spitzensteuersatz und Ausweitung der Reichensteuer)
136 und eine Finanztransaktionssteuer eingeführt wird. Dies wird
137 ergänzt um eine Übergewinnsteuer in allen Branchen. Laut
138 Berechnungen könnte Deutschland so bis zu 40 Milliarden EUR
139 im Jahr einnehmen (vergl. Netzwerk Steuergerechtigkeit 2024).
140 Darüber hinaus wird durch eine Übergewinnsteuer - bzw. das
141 Abschöpfen von übermäßigen Gewinnen für die Gemeinschaft -
142 ein fairerer Wettbewerb ermöglicht. Denn Übergewinne
143 entstehen in der Regel dort, wo Marktkonzentrationen,
144 Monopole und andere Dysfunktionen im Markt herrschen.

146
147
148 2. Mehr Bundesmittel für Kommunen

149
150 Der Bund muss verstärkt finanzielle Mittel für Leistungen
151 der Kommunen zur Verfügung stellen. Darunter bspw. mehr
152 direkte Mittel für Schulen, Kitas und Infrastruktur; stärkere
153 finanzielle Beteiligung an Sozialleistungen und

der am dringendsten gebraucht werden.

154 langfristige Förder- und Investitionsprogramme statt zeit-
155 lich begrenzte Projekte und finanzieller Unsicherheit.

156

157 3. Entwicklungen auf EU Ebene berücksichtigen

158

159 Durch die Bündelung der Förderprogramme im neuen EU-
160 Haushalt der Periode 2028-2034 wird es zu enormen Kür-
161 zungen im sozialen Bereich und zu erheblichen Vertei-
162 lungsfagen kommen. Erfolgreiche Programme und Ar-
163 beitsplätze drohen unwiederbringlich verloren zu gehen.
164 Der Bund muss dem mit einer sozial gerechten Verteilung
165 der restlichen, und wo nötig, einem Ausgleich der auslau-
166 fenden Mittel entgegenreten.

167

168 4. Stabilisierung des Sozialstaates

169

170 Wo Leistungen nicht gekürzt, sondern abgesichert wer-
171 den, können soziale Risiken früh abgefangen und müs-
172 sen nicht später teuer "repariert" werden. Es gilt daher,
173 Familienleistungen (wie den UHV) zu stabilisieren, bspw.
174 um die Jugendämter zu entlasten. Es gilt, pflegende Ange-
175 hörige besser zu unterstützen, u.a. um kommunale Pfl-
176 geinfrastrukturen zu entlasten. Es gilt, (junge) Erwachse-
177 ne besser zu unterstützen, um Orientierungslosigkeit und
178 daraus ggf. folgende Wohnungslosigkeit und Kriminali-
179 tät vorzubeugen. Es gilt, Bildungsinfrastrukturen zu un-
180 terstützen, um Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Es gilt, zu in-
181 tegrieren und zu unterstützen, um dem Risiko der Mar-
182 ginalisierung, Perspektivlosigkeit und Kriminalität vorzu-
183 beugen.

184 Sozialer Frieden und Wohlstand entsteht nicht, indem
185 man die Menschen aktiv in die Prekarisierung treibt. Son-
186 dern, indem man Menschen nachhaltig unterstützt und
187 eine solidarische Gesellschaft fördert.